

Brüsseler Illusionen

Das Demokratiedefizit trägt zur Krise der EU bei. Vor allem die Parteien im Europäischen Parlament müssen sich ändern. *Von Eva Heidbreder*

Wem an der repräsentativen Demokratie gelegen ist, dem muss der immer vielstimmigere Chor der Europakritiker Sorge bereiten. Zunehmend wird nämlich das Demokratiedefizit der EU als Mitursache für die ständige Krisenlage des Kontinents gesehen. Aber nicht nur das: Schauen wir uns den Zustand staatlicher Demokratien in Europa an, kommt die dramatische Erkenntnis hinzu, dass nicht nur die Mitsprache in Brüssel mangelhaft ist. Kaum eine Regierung scheint mehr vor dem Sturz über die Probleme der EU sicher, wenn sie erst einmal zwischen äußerem Reform- und Spardruck und inneren Widerstand der Bürger gerät. In mehr als einem Viertel der Mitgliedsstaaten wurden bereits Regierungen aus dem Sattel geschleudert, weitere werden wohl folgen.

Unklar bleibt, was mehr Demokratie in dem verflochtenen System Europa bedeuten soll. Die gängige Diagnose des Problems konzentriert sich auf die gemeinschaftlichen Institutionen, allen voran das Europäische Parlament, das ja nur eingeschränkte Rechte hat, und die Europäische Kommission, die eben keine parlamentarisch bestellte Regierung ist. Gleichzeitig ist eine Entmachtung nationaler, frei gewählter Parlamente zu Gunsten der EU zu sehen. In jedem Fall gilt die Gewährleistung legitimer Repräsentation als gefährdet. Die Lösungsansätze bewegen sich zwischen zwei Polen: Der Idealtypus der EU

als demokratischer Staat mit souveränem Parlament steht der Grundidee der Repräsentation durch Nationalstaaten gegenüber. Theoretisch bieten beide Pole eine klare Lösung für das Repräsentationsproblem. Dementsprechend stehen sich die Forderungen nach mehr oder eben weniger Europa gegenüber.

In der politischen Realität ist beides illusorisch. Er habe gehofft, die EU würde etwas weiblicher, pflegt der ehemalige Vizepräsident des Europäischen Verfassungskonvents, Giuliano Amato, zu sagen. Aber sie sei und bleibe eben ein Hermaphrodit, weder Mann noch Frau, ein Zwitterwesen zwischen Staat und Staatenbund. Bisher hat jede Vertragsreform immer beide Geschlechter bedient. Die Vorstellung, erneute Reformen der Institutionen könnten die unauflösbaren Gegensätze der zwei Repräsentationslogiken beseitigen, sind irreführend, wenn nicht gefährlich, da der Widerspruch immer bleiben wird.

In der sehr akkuraten Wahrnehmung vieler Bürger ist nicht klar, welche Entscheidungen durch wen vertreten werden.

Seit Beginn der Krise und der Verabschiedung des Lissabonner Vertrags werden die wichtigsten Beschlüsse durch die Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat gefällt – einstimmig hinter verschlossenen Türen. Es sind europäische Einigungen, die im Konsens getroffen werden müssen. Verkauft werden die Ergebnisse aber im Anschluss an die Gipfel in parallel stattfindenden, rein nationalen Pressekonferenzen.

Was Europa fehlt, ist eine Opposition, die nicht nur in nationalen Mustern denkt

In dieser Art der Vermittlung europäischer Beschlüsse ist das ganze Dilemma bildlich fassbar: Zwar wird im Konsens entschieden, der Konsens muss aber als das national bestmögliche Ergebnis und das höchst denkbare Eingeständnis anderer Länder verkauft werden. Die getrennte Präsentation verzerrt das Bild der geteilten Repräsentation. Brüssel wird zum politischen Babel.

Dass die Darstellung so abläuft, ist kaum einem Regierungsmitglied zu verdenken. Es liegt in der Natur der Sache. Wer national gewählt wird, muss eine nationale Wählerschaft bedienen. Die Chancen stehen nicht schlecht, dass Angela Merkel mit dieser Taktik die nächste Bundestagswahl als Euro-Retterin „à l'allemande“ gewinnen wird. Diese Strategie aufzugeben, wäre für jeden Regierungschef selbstmörderisch. Keine EU-Reform kann das ändern.

Eine Gruppe könnte besonders davon profitieren, würde sie über den nationalen Rahmen hinaus denken und handeln: die parlamentarische Opposition, sowohl im Europäischen Parlament als auch in den Einzelstaaten. Im Spiel zwischen den Entscheidungsebenen bleibt ihr derzeit kaum noch Handlungsspielraum. Je nach Stimmungslage ist (siehe Italien) kaum mehr als eine ultimative Totalverweigerung möglich oder (siehe viele andere) eine Anti-EU-Propaganda gewinnversprechend. Einer Opposition dagegen, die konstruktiv am politischen Prozess mitwirken möchte,

bleibt nur das Abnicken europäischer Beschlüsse. Hätte die deutsche Opposition tatsächlich gegen den, in seiner Sinnhaftigkeit durchaus fragwürdigen, Fiskalpakt stimmen können? So lange der Horizont auf die Innenwände des Reichstags begrenzt bleibt, nein. Für europäische Entscheidungen braucht es eine europäisch definierte Opposition, die politische Alternativen darzustellen, Regierungshandeln herauszufordern und Optionen für Politikwandel anzubieten vermag. Die Aushöhlung der Opposition ist zentraler Teil des doppelten Demokratiedefizits, in Brüssel und den 27 Hauptstädten.

Nun sind vor allem die Parteien in der Bringschuld. Eine grenzüberschreitende inhaltliche Legitimierung würde es auch erlauben, Positionen gegen die eigene Regierung einzunehmen, ohne sich gleich dem Vorwurf nationalen Verrats auszusetzen. Dass ein solcher Weg nicht leicht einzuschlagen ist, haben die Annäherungsversuche zwischen der SPD und dem Sozialisten François Hollande gezeigt. Eine gemeinsame Programmatik bedarf der Auseinandersetzung und des Streits über Konflikte. Diese Konflikte betreffen nicht mehr nur Fragen nach Sinn und Zweck des Fiskalpakts oder eines menschenwürdigen EU-Asylrechts, sondern zunehmend auch das Handeln von Regierungen in den Einzelstaaten: Eine verantwortungslose politische Klasse in einem Staat ist längst das innenpolitische Problem der gesamten EU.

Eine Chance bietet der Wahlkampf zum Europäischen Parlament im nächsten Jahr. Die geplante Ernennung gemeinsamer Spitzenkandidaten der Parteigruppen ist ein wichtiger Schritt, der jedoch von den Parteien in den Staaten mitgetragen und den Bürgern glaubhaft angeboten werden muss. Ansonsten wird trotz des großen Machtzugewinns des Europäischen Parlaments die Wahlbeteiligung weiter sinken. Das Risiko eines solchen Vorstoßes ist nicht zu unterschätzen. Es geht um die Legitimierungshoheit über die EU-Politik, darum, ob weiter die Staatslenker als Vertreter ihrer Länder oder einzelne Repräsentanten eines gemeinsamen Programms die Bühne betreten. Die Gefahr, dieses Risiko nicht einzugehen, ist allerdings noch schwerwiegender. Wird die Lücke zwischen politischer Repräsentation und den Bürgern nicht geschlossen, ist eine weitere Erosion europäischer Demokratien kaum zu vermeiden.



Eva Heidbreder, 36, ist Juniorprofessorin für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Europäische Integration an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

FOTO: PRIVAT